

# UNSERE DEMOKRATIE IST KRISENFEST

Katharina Schulze und Toni Schubert



**K**eine Frage: Unsere Freiheitsrechte waren noch nie so eingeschränkt. Eine Zeitlang nicht mehr grundlos die Wohnung verlassen, sich nicht mehr mit Freunden treffen, in einigen Bereichen nicht mehr wie gewohnt arbeiten zu dürfen: Das waren für viele von uns vollkommen neue Erfahrungen. Auch heute noch gelten einige Einschränkungen.

Grundrechte müssen immer in Einklang miteinander gebracht werden. Dies erfordert auch Einschränkungen einzelner Grundrechte, um andere Rechte zu schützen. In der Corona-Krise ist es der Virus, der uns und unser Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit einschränkt. Deshalb muss der Staat angemessene Maßnahmen ergreifen, um uns zu schützen. Für uns und für die anderen demokratischen Fraktionen im Bayerischen Landtag ist klar: Wir wollen in der Corona-Krise so viele Menschenleben retten wie möglich – dafür müssen wir die Ausbreitung des Virus weiter verlangsamen. Das funktioniert dank der gemeinsamen Kraftanstrengung!

Bei all diesen Maßnahmen macht die Demokratie nicht Pause. Die Gerichte prüfen die Verordnungen der Söder-Regierung und rücken dabei einiges gerade. Der Landtag arbeitet weiter und mit GRÜNEN-Vorschlägen konnten wir viele Verbesserungen durchsetzen.

Mitten in der Corona-Krise haben sich die kommunalen Gremien nach der Wahl konstituiert und viele GRÜNEN-Mandatsträger\*innen haben in ganz Bayern ihre Arbeit aufgenommen. Unzählige Bürgeranfragen an unsere Fraktion zeigen, dass auch die Zivilgesellschaft munter wie immer ist und ihre Interessen artikuliert. Und über all das berichtet eine freie Presse. Es zeigt sich: Unsere Demokratie ist krisenfest!

Als Oppositionsführerin im Bayerischen Landtag haben wir uns konstruktiv-kritisch eingebracht und viele Erfolge erzielt. Im Bereich der Demokratie und Bürgerrechte unter anderem:

- Wir haben sichergestellt, dass der Landtag stets weiterarbeiten kann, beispielsweise mit Online-Sitzungen;
- Wir haben bewirkt, dass das Mitspracherecht des Landtags im Bayerischen Infektionsschutzgesetz verankert wird;
- Wir haben dafür gesorgt, dass die Söder-Regierung ihre Ausgangsregeln in der Hochphase sozialer gestalten und die Versammlungsfreiheit sicherstellen muss.

Auch wenn jetzt viele Maßnahmen nach und nach gelockert werden, ist die Pandemie noch nicht vorbei. Es wird weiterhin klare Regeln brauchen, um die unkontrollierte Ausbreitung des Virus zu verhindern. Wir wollen nicht, dass die Söder-Regierung diese Regeln allein festlegt, da manches unsinnig und nicht immer nachvollziehbar war und da teilweise Ungleichbehandlungen beschlossen worden sind. Deshalb haben wir verschiedene Anträge eingereicht, um Kontrolle und Transparenz und damit auch die Qualität der Regeln zu stärken:

- Corona-Kommission: Wir wollen ein Gremium im Landtag, das die Schutzmaßnahmen untersucht, aufarbeitet und uns für die Zukunft besser vorbereitet. Wichtig ist uns dabei, dass Expert\*innen aus Wissenschaft und Praxis regelmäßig gehört werden.
- Corona-Transparenzgesetz: Wir wollen wissen, auf welchen Grundlagen die Söder-Regierung ihre Entscheidungen trifft und wer daran mitwirkt. Diese Infos müssen öffentlich

zugänglich gemacht werden.

- Corona-Maßnahmengesetz auf Bundesebene: Die bisherigen Maßnahmen stützen sich auf das Bundesinfektionsschutzgesetz. Doch als Rechtsgrundlage reicht das nur für kurzfristige Maßnahmen. Wir brauchen ein neues Gesetz mit einem klaren Rahmen für die Grundrechtseinschränkungen, für Entschädigungen und für die Beteiligungsrechte der Parlamente.

Die Entscheidungsgrundlagen für Maßnahmen müssen Politiker\*innen allen Menschen transparent offenlegen und sich den Debatten stellen. Damit verbessern wir nicht nur den Infektionsschutz, sondern entziehen Verschwörungsideologen die Grundlage. Das Recht auf freie Meinungsäußerung gilt uneingeschränkt – die Maßnahmen der Regierung zu hinterfragen und gegebenenfalls zu kritisieren ist oberste Bürgerpflicht. Menschenfeindliche und spalterische Positionen hingegen lehnen wir strikt ab.

Auch das Recht auf freies Reisen innerhalb der Europäischen Union muss möglichst schnell wiederhergestellt werden. Die Regelungen der Regierung waren nationale Reflexe, die keinen langfristigen Nutzen gebracht haben. Wir schützen die Freizügigkeit in Europa und wollen möglichst bald wieder Normalität in unseren Grenzregionen.

Wir müssen mit dem Virus leben, bis es eine Impfung oder ein wirksames Medikament gibt. Regelungen, die minimale Einschränkung bei maximalem Schutz gewähren, sind unser Ziel. Wir werden beweisen, dass unsere Republik aufgrund ihrer Prinzipien und der lebendigen Demokratie diese Krise überwinden wird. Gemeinsam, solidarisch und zuversichtlich überstehen wir Corona! ○